

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Jahresabonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerfolge monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzählig. Nr. 270, unter Vertrag für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 6.— Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telegraph: Zwingerstraße 21. Telefon 1789.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Gesetze werden die 6spaltige Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berichtsausgaben 20 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 220.

Dresden, Dienstag den 22. September 1908.

19. Jahrg.

Der beginnende Entscheidungskampf um die ungarische Wahlreform.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 20. September.

— Der Entscheidungskampf um die ungarische Wahlreform soll in diesem Herbst geführt werden. Auf die Herbstsession hat ja noch dreijährigem Studieren, Enquerten, Beratungen und Hinziehen der Minister des Innern Anbruch die Öffentlichkeit vertrößt. Da soll sein Reformprojekt veröffentlicht werden. Aber was wird der Entwurf der Koalitionsregierung enthalten? Sozial-Gerichtliche, angebliche Nachrichten und „authentische Mitteilungen“ darüber in die Öffentlichkeit gebrungen sind, so weiß man doch aus dem Wust der Widersprüche und Ungereimtheiten als Stern der Wahrheit nur herauszuschälen, daß die ungarische Regierung alle Mittel verwenden will, die geeignet sind, das Prinzip des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu schwächen und zu entvoren und den Gedanken der Demokratierung des Staatswesens ins Gegenteil zu verfehren. Nicht eine Reform, sondern eine freude kommt sie im Plane, und da wird sicherlich kein Requisit fehlen: ungeheure Ungleicher Wahlkreise, um die Nationalitäten in eine hoffnungslose Minderheit zu drängen, Bildungsunterschiede, um zugleich den Behörden freie Wahn zu Wahlbeeinflussungen zu lassen, und endlich und höchstlich die Pluralität.

Vorläufig sollen jedoch diese sauberen Pläne an dem Widerstand des Kaisers scheitern. Der Az. Ujmag, der es als Organ des geweihten Ministerpräsidenten und königlichen Vertrauensmannes Tisza wohl wissen könnte, meldet, der kaiserliche habe dem Entwurf der Regierung die Voransicht verweigert. Er verlangte die Einhaltung jenes Votzes, durch den sich die Koalitionsregierung verbindlich machte, das allgemeine und gleiche Wahlrecht einzuführen. Eine Abweichung von diesem Prinzip würde er nur dann zugeben, wenn sie von der öffentlichen Meinung des Landes mit seiner beträchtlichen Unzufriedenheit aufgenommen würde. Es scheint, daß der Kaiser dabei der Koalition noch gelobt habe. Denn Tisza erzählte, der Kaiser habe mit Männern seines Vertrauens den Ausweg erörtert, bei Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts das Majoratentum gegen die Nationalitäten durch eine weniger teilweise Verstaatlichung zu führen; denn das Einbringen der Nationalitäten in die Stimmabstimmungen sei eine größere Gefahr für das Majoratentum als das Anwachsen ihrer parlamentarischen Vertretung. Nun muß man wissen, daß gerade die autonomen Komitate die Hochburgen der Oligarchie sind, daß von ihnen aus der Kampf gegen Wien geführt wurde, daß sie die eigentliche Herde des madjarischen Chauvinismus bilden.

Leider bringt man der Krone das Fehlhalten an der Wahlreform als Verdienst nicht allzu hoch angesehen.

Sie folgt dabei nur dem eigenen Vorteil. Ihre Wahlrechts-

politik hat ihr zweck Unhing im Lande verschafft, vor allem in den Nationalitäten Sympathien erweckt. Werden die er-

regten Hoffnungen enttäuscht, so wird sich Zureitung in Sach-

verfahren und die Krone mehr noch als in den schlimmsten Zeiten in Ungarn gänzlich auf die Unterstützung der Konservativer angewiesen sein. Sie wird sich der Gnade derjenigen auskönnen, deren legitimes Ziel eine Abschreibpublik ist, mit einem habsburgischen Scheinföntig an der Spitze. Die Linie wäre also den Herrscher vorgezeichnet und nicht zu verfehlten. Allein ihm steht eine gefährliche Verlockung. Die Koalition bietet mit schamloser Offenheit ein schmückendes Täufgeschäft an. Sie will der Kriegswa-

waltung alle Forderungen glattmachen, be-

willigen, wenn der Kaiser ihr das Wahlrecht ausliest. Und das bedeutet unter anderem und recht beträchtlich die Vermehrung des stehenden Heeres um 100 000 Mann, die Einstellung einer großen Zahl von Kapitulanten, Vermehrung der Offiziere usw.

Der Frühjahr hat der Kriegsminister über das Verboten der Armee gefragt: jetzt holt sich die kaiserliche Gelegenheit, sie zu läppigem Blühen zu bringen. Von Seiten der Koalition bedeutet das Ganze eine schamvolle Selonie, denn gerade gegen die gemeinsame Armee hat sie das Votum aufgerufen. Der Kaiser wieder müßte bedenken, ob ihm einige Tausend Mann mehr erheben könnten, was er bei dem Handel am politischer Macht verlieren muss. Aber wenn er sich auch vielleicht logar sagt, daß er um den Preis der zweijährigen Dienigkeit auch ohne ernsthafte politische Transaktionen vieles gewinnen kann, ist doch der Logos sehr verführreich. Doch überseht die Krone, es ist für ihr fürtiges Schicksal entscheidend, ob sie die Kraft des Widerstandes behaupten wird.

Denfalls können sich die Arbeiter daraus allein nicht verlassen. Sie haben mit aller Energie den Kampf ums Wahlrecht aufgenommen. Demonstration folgt auf Demonstration. Die Koalition spielt den Trick des gefährlichen Gegners, und greift ihn abzuwehren, zu altertümlichen Mitteln. Schon am vergangenen Sonntag ließ die Polizei ihr möglicherweise auf Pratilität. Am Mittwoch hat sie sich selbst übertragen. Als eine Gruppe von Arbeitern, die aus der Versammlung kam, in der Nähe des kleinen Theaters Stockstrasse ausbrach, härrten sich auf ein Leichen des Polizeibeamten, die Konstabler auf die Demonstranten. Sie gebündeten sich wie toblichtig. Hartlose Polizisten und demon-

striierende Arbeiter, Frauen und Kinder wurden mit Gabelhieben, Faustschlägen und Fußtritten traktiert. Die Verirrten strengten in die dichtesten Haufen der Fliehenden. Ein Polizist schleuderte eine schwangere Frau zu Boden und schleifte sie auf dem Straßenpflaster in eine Seitengasse. Kinder wurden von den Schuleuten in die Höhe gehoben, zur Erde geworfen, mit den Füßen getreten. Arbeiter von der Elektrischen, auf die sie sich geflüchtet hatten, heruntergerissen und verprügelt. Es war ein wildes Gemetzel, das eine gute Viertelstunde andauernde. Allerdings haben sich die Herren diesmal übernommen, die Brutalität der Polizei rastet selbst in der bürgerlichen Presse schärfe Kritik hervor; und deshalb wurde zum Schein eine Untersuchung eingeleitet. Doch, wie gesagt, nur zum Schein. Wie die Regierung sich zu der Sache wirklich stellt, beweist die Tatsache, daß der Oberstadtkommandant den für Montag angekündigten Demonstrationen umzug verboten hat: angeblich, weil sich in den Abendstunden unter die friedlichen Elemente Friedensstörer einmischen, in Wirklichkeit, weil der Zug, der sich über den Donaukanal bewegen sollte, die Hoffnung auf einen Zusammenschluß der beiden Gruppierungen Timm und Segiz hingewiesen, von denen die eine vor, die andere nach der Abstimmung abgegeben war und so sehr auch die Erklärung Segiz im Augenblick ihrer Abgabe den Einbruch der Verlegenheit machte, so sehr öffnete sie für die Zukunft jeder Möglichkeit für.

Die Frage des ungarischen Wahlrechts wird auch die österreichische Sozialdemokratie beschäftigen. Zum 27. ist eine Reichskonferenz einzuberufen, der alle Mitglieder der Parteileitungen der einzelnen sozialdemokratischen Organisationen, der Deutschen, Tschechen, Polen, Italiener, Slowenen und Ruthenen, beizutreten werden. Als Gäste sind die sozialdemokratischen Organisationen Ungarns geladen, und es werden sich wahrscheinlich Delegierte der ungarischen (madjarischen und deutsch-ungarischen) Organisation, der kroatischen, slowakischen und rumänischen einfinden. Diese Konferenz hat den Zweck, nicht nur der Aktion in Ungarn Unterstützung zu bringen, sondern auch der Krone gegenüber energisch den Willen der proletarischen Organisationen aller Nationen Österreichs und Ungarns auszuprägen, wie es im Aufruf heißt: „Ihre warnende Stimme dagegen zu erhoben, daß an den Wählern Ungarns ein Verbrechen begangen werde, das zugleich ein schamloses Verbrechen wäre“. Wie sehr der Koalition diese Aktion unbedingt fällt, beweist der Umstand, daß sie durch ihre Offiziellen zu verhindern unternimmt. Der Budapester Hofrat färbt, die ungarische Sozialdemokratie wolle beim Kaiser Audienz nehmen, und die österreichische habe ihr durch Bed die Möglichkeit dazu verschafft oder wolle ihr die Möglichkeit dazu verschaffen. Da die ganze Internationale aber hätten sich die Ungarn mit der Frage gewendet, ob ein solcher Schritt gefüllt sei, aus Frankreich, England und Italien seien bereits zusammende Antworten eingetroffen. Diese alberne Erfindung des Peiter Regierungsbüros drückt nichts aus als die Angst der Erfinder.

Die Parteipresse über den Parteitag.

Wir beginnen nachfolgend eine Übersicht über die Neuerungen unserer Parteiblätter über den Parteitag zu geben. Die berührten und zunächst auf die Stellungnahme der Blätter zu dem Auftakt des Vereins über die Budgetabstimmungen. Weitere Preßstimmen werden in nächster Nummer folgen.

Der Vorwärts schreibt am Tage nach der Eröffnung über die Budgetfrage:

„Voran schloß sich ein kleines Nachspiel. Genoss Segiz verlas im Namen von 80 Süddeutschen Delegierten eine Erklärung des Inhalts, daß es zwar dem Parteitag das Recht zugehören, über die wichtigsten und infolichen Richtlinien für die gelebte Partei bindende Beschlüsse zu fassen, daß sie aber gleichzeitig an der Abstimmung teilnehmen, daß es das Recht der Organisationen der Einzelstaaten sein müsse, nach bester Überzeugung über die Frage der Budgetabstimmung selbständig zu entscheiden.“

Eine eigenartige Erklärung, an der der Vorwärts den Nachschlag über der Nachschlag den Vorberatungen aufzuheben scheint. Wer glauben darf, daß die Süddeutschen Delegierten darüber die Süddeutschen Fraktionen in freier, selbständiger Entscheidung zu der Überzeugung gelangen werden, daß eine Budgetabstimmung längst nicht in den Ausnahmefällen gelingt, ist die Lüdeker und die im Sinne sich mit ihr deckende Nürnberger Resolution noch nunmehr zweifelsfrei bestätigt.

Wir bringen also der Minderheit des Vorberatung das Vertrauen entgegen, daß sie den Willen der Partei gewissenhaft vertritt. Sollten wir in unserem Vertrauen gescheitert werden, so waren allerdings die letzten Konsequenzen aus solchem Verhalten zu ziehen!“

In seinem zusammenfassenden Artikel über den Parteitag führt der Vorwärts ferner aus:

„Nicht zwischen Kräften und Parteidämmung hat uns der Nürnberger Parteitag gebracht, sondern innere Differenz, die unerlässliche Einheitlosigkeit der Aktion. Das kommt nicht für alle Seiten der Partei in die eingeschaltete Taktik beigelegt ist, wissen wir sehr um älteren. Aber wenn auch die Krone der Budgetabstimmung nur solange als entstanden gilt, wie das nach Annahme der Süddeutschen Resolution geschah, nämlich auf sechs Jahre, so wäre das ihnen ein Gewinn. Und wenn von reaktionärer Seite wieder behauptet wird, die ganze Auseinanderstellung, die uns 2/3 Tag des Parteitags gekostet habe, sei eine müßige, sei eine nutzlose Zeitvergeudung gewesen, so kennt man nachgerade die Weise und ihre Hinterabsichten. Unsere reaktionären

Freunde sollen doch nicht glauben, den Waffen einsehen zu können, daß es „Bogarden“ seien, um die sie selbst so lebensfertig gestritten haben! Um Kleinigkeiten kämpft man nicht so gern und erträgt wie in Nürnberg. Nein: es ist die neue Taktik des Parlamentarismus bürgerlichen Charakters, von der man sich — natürlich aus ehrlicher Überzeugung heraus — darüber hinaus vertrat, der man Duldung innerhalb der Partei verschafft wollte. Und nach dem bekannten Worte: „So was tut man, so was sagt man aber nicht“, versuchte man diese neue Taktik in aller Stille und ohne jede programmatische Ankündigung einfach in die Praxis zu übersetzen. Als das nicht gelang, drohte man enttäuscht den Spieß um und hörte den Vertrütern des bisherigen Standpunktes der Sozialdemokratie nicht nur Konterfei, was vor, sondern sogar einen Rückfall in die Ausschüttungen der sogenannten „Jungen“. Nun, das alles hat nicht verjüngt. Mit 258 gegen 118 Stimmen bestätigte der Parteitag auf Vorstieg des Vorberatungsbundes und der Kontrollen sowohl die grundlegende Auffassung der Nürnberger Resolution als auch die aus diesen Grundlagen abgeleitete Taktik des Süddeutschen Verbandes.“

Leipziger Volkszeitung:

Die Woche fiel ganzwissens der Süddeutschen aus, und aus der peinlichsten Situation, in die sie sich selbst durch ihr „unannehmbaren“ Verhalten führten, suchten sie sich durch eine Erklärung zu retten, die wiederum nichts anderes war als ein neuer schwächerer Widerspruch. Wir haben schon ein Sonnenblatt auf den Gegensatz der beiden Erklärungen Timm und Segiz hingewiesen, von denen die eine vor, die andere nach der Abstimmung abgegeben war und so sehr auch die Erklärung Segiz im Augenblick ihrer Abgabe den Einbruch der Verlegenheit machte, so sehr öffnete sie für die Zukunft jeder Möglichkeit für.

Doch das wollen wir abwarten. Es genügt uns fürs erste, daß unsere Süddeutschen Genossen in der Partei geblieben sind, daß sie die Hoffnungen der bürgerlichen Presse wieder einmal nicht erfüllt haben. Sollten sich irgendwelche praktischen Konsequenzen aus der Erklärung Segiz ergeben, so wird die Partei wissen, was sie zu tun hat. Wahrscheinlich aber glauben wir, den und von den Süddeutschen aufgebrachten und jetzt von dem Parteitag entschiedenen Streit befreien sein zu können und der Partei freuen zu können, daß die Einheit der Partei gehobt geblieben ist unter Aufrechterhaltung unserer bisherigen Grundsätze.“

Chemnitzer Volksblatt:

„Mit erfreulicher Schärfe ist von Bebel und von anderen Rednern in Nürnberg zum Ausbruch gebracht worden, daß die feindselige Art der Begrüßungsredenungen verurteilt werden. Es ist auf beiden Seiten arg gespindelt worden. Offenkundlich wird von jetzt an mehr daran gedacht, daß Parteigenossen sich auch dann zu achten haben, wenn sie Meinungsverschiedenheiten austragen. Wie erforderlich das ist, hat sich auch auf dem Parteitag festgestellt.

Wir legen der Begrüßfrage nicht die große prinzipielle Bedeutung bei, wie ein Teil der Gegner der Befreiung. Trotzdem wir sie für eine in erster Linie soziale Frage enthalten, können noch unserer Hoffnung Sozialdemokratie einen Nutzen aus der Erklärung Segiz ergeben, so wird die Partei wissen, was sie zu tun hat. Wahrscheinlich aber glauben wir, den und von den Süddeutschen aufgebrachten und jetzt von dem Parteitag entschiedenen Streit befreien sein zu können und der Partei freuen zu können, daß die Einheit der Partei gehobt geblieben ist unter Aufrechterhaltung des Prinzipes Platz gegeben wurde.“

Nach Bebels moskallischen Ausführungen schien eine Verständigung nicht schwer zu sein. Der Beitrag Freude, der die Nürnberger Resolution befürworten will und in Zukunft vor jeder Budgetabstimmung eine Verständigung mit dem Vorberatende forderte, war dazu eine durchaus geeignete Grundlage. Dem, gelöst gesetzt, aufserordentlich ungünstige standen die Genossen Segiz ist es wohl nur zugutezuwollen, daß die verhältniswerte Erklärung die Pläne der Parteileitung bei den bestehenden Spannungen zu begründen geführt. Die Deputen hatten nicht einmal einen solchen Grund anzugeben. Die Deputen haben nicht einmal einen gültigeren Anlaß zur Annahme des Finanzgesetzes vorweg. Was Timm und andere vortrugen, waren keine überzeugenden Argumente.

Nach Bebels moskallischen Ausführungen schien eine Verständigung nicht schwer zu sein. Der Beitrag Freude, der die Nürnberger Resolution befürworten will und in Zukunft vor jeder Budgetabstimmung eine Verständigung mit dem Vorberatende forderte, war dazu eine durchaus geeignete Grundlage. Dem, gelöst gesetzt, aufserordentlich ungünstige standen die Genossen Segiz ist es wohl nur zugutezuwollen, daß die verhältniswerte Erklärung die Pläne der Parteileitung bei den bestehenden Spannungen zu begründen geführt. Die Deputen hatten nicht einmal einen solchen Grund anzugeben.

Wir legen der Begrüßfrage nicht die große prinzipielle Bedeutung bei, wie ein Teil der Gegner der Befreiung. Trotzdem wir sie für eine in erster Linie soziale Frage enthalten, können noch unserer Hoffnung Sozialdemokratie einen Nutzen aus der Erklärung Segiz ergeben, so wird die Partei wissen, was sie zu tun hat. Wahrscheinlich aber glauben wir, den und von den Süddeutschen aufgebrachten und jetzt von dem Parteitag entschiedenen Streit befreien sein zu können und der Partei freuen zu können, daß die Einheit der Partei gehobt geblieben ist unter Aufrechterhaltung des Prinzipes Platz gegeben wurde.“

Die meisten Süddeutschen Delegierten haben eine Erklärung abgegeben, nach welcher der Beauftrag der Macht als nicht bindend anzusehen ist. Süddeutsche Blätter fühlten bestohlt von einer Abstimmung des Süddeutschen Kluges von der deutschen Sozialdemokratie. Bei einer Spaltung redet, kennt die Süddeutsche Arbeiterchaft schlecht. Gegenüber, die seit langem in der Partei bestehen, sind zwar in Nürnberg verschwunden, in die Erneuerung getreten, doch hinter sich bei allseitigen guten Willen keineswegs ein einträchtiges Zusammenarbeiten. So weit auch die Erneuerungen in manchen Kreisen anstreben, so wie früher beobachtet auch heute noch leben Sozialdemokratien des Verderbens, mit aller Kraft bei der Riedel im Aufbau des Vorberatung aufzuheben scheint. Wer glauben darf, daß die Süddeutschen Delegierten darüber die Süddeutschen Fraktionen in freier, selbständiger Entscheidung zu der Überzeugung gelangen werden, daß eine Budgetabstimmung längst nicht in den Ausnahmefällen gelingt, ist die Lüdeker und die im Sinne sich mit ihr deckende Nürnberger Resolution noch nunmehr zweifelsfrei bestätigt.

Wir wissen es gewesen. Die Nürnberger Resolution hätte eine Weisheit gefunden. Sollten an den tatsächlichen Verhältnissen nichts geändert worden. Nur der äußere Eindruck wäre ein geringerer gewesen.

Die meisten Süddeutschen Delegierten haben eine Erklärung abgegeben, nach welcher der Beauftrag der Macht als nicht bindend anzusehen ist. Süddeutsche Blätter fühlten bestohlt von einer Abstimmung des Süddeutschen Kluges von der deutschen Sozialdemokratie. Bei einer Spaltung redet, kennt die Süddeutsche Arbeiterchaft schlecht. Gegenüber, die seit langem in der Partei bestehen, sind zwar in Nürnberg verschwunden, in die Erneuerung getreten, doch hinter sich bei allseitigen guten Willen keineswegs ein einträchtiges Zusammenarbeiten. So weit auch die Erneuerungen in manchen Kreisen anstreben, so wie früher beobachtet auch heute noch leben Sozialdemokratien des Verderbens, mit aller Kraft bei der Riedel im Aufbau des Vorberatung aufzuheben scheint. Wer glauben darf, daß die Süddeutschen Delegierten darüber die Süddeutschen Fraktionen in freier, selbständiger Entscheidung zu der Überzeugung gelangen werden, daß eine Budgetabstimmung längst nicht in den Ausnahmefällen gelingt, ist die Lüdeker und die im Sinne sich mit ihr deckende Nürnberger Resolution noch nunmehr zweifelsfrei bestätigt.

Wir bringen also der Minderheit des Vorberatung das Vertrauen entgegen, daß sie den Willen der Partei gewissenhaft vertritt. Sollten wir in unserem Vertrauen gescheitert werden, so waren allerdings die letzten Konsequenzen aus solchem Verhalten zu ziehen!“

Sächsisches Volksblatt in Görlitz:

„Es ist unbestreitbar, daß die Einheit der deutschen Sozialdemokratie auf der Nürnberger Tagung der stärkste gewesen ist. Zu dem von den Gegnern so heftig erzielten offenen Bruch ist es zwar nicht gekommen; aber es ist doch nicht zu verleugnen, daß die Aufführung die Nürnberger Resolution nicht allein mit einer plausiblen Erneuerung der Süddeutschen Fraktionen abhängt, sondern mit einer kürzlich ausgegangenen Verhandlung auf dem Süddeutschen Landtag, die sehr wohl mit dem Vorberatung abgelenkt wurde. Ein tiefer Zug des gegenwärtigen Wirkens, daran ist nicht mehr zu zweifeln, geht durch die Reihen der Vorberatung, und gerade dieser Umstand hat ganz wesentlich dazu beigetragen, daß es in Nürnberg so lärmisch ausgetragen ist. Eine uns fast mit seinen Ausführungen einverstanden zu erklären, darin liegt das Geheimnis.“

„Das Vorberatung schreibt am Tage nach der Eröffnung über die Budgetfrage:

„Vorberatung ist ein kleines Nachspiel. Genoss Segiz verlas im Namen von 80 Süddeutschen Delegierten eine Erklärung des Inhalts, daß es zwar dem Parteitag das Recht zugehören, über die wichtigsten und infolichen Richtlinien für die gelebte Partei bindende Beschlüsse zu fassen, daß sie aber gleichzeitig an der Abstimmung teilnehmen, daß es das Recht der Organisationen der Einzelstaaten sein müsse, nach bester Überzeugung über die Frage der Budgetabstimmung selbständig zu entscheiden.“

„Vorberatung ist ein kleines Nachspiel. Genoss Segiz verlas im Namen von 80 Süddeutschen Delegierten eine Erklärung des Inhalts, daß es zwar dem Parteitag das Recht zugehören, über die wichtigsten und infolichen Richtlinien für die gelebte Partei bindende Beschlüsse zu fassen, daß sie aber gleichzeitig an der Abstimmung teilnehmen, daß es das Recht der Organisationen der Einzelstaaten sein müsse, nach bester Überzeugung über die Frage der Budgetabstimmung selbständig zu entscheiden.“

in Tannenhausen unter freiem Himmel veranstaltet wurde, politische Rede gehalten. Er sprach über die Reichskanzleramt und machte die Bloddenpartei verantwortlich für die Finanzen des Reiches und die unzulänglichen Verhältnisse der Einzelnen. Die Generale Reim und Liebert nahmen es ablehnend auf. Beide waren von dem Bloddenverein überzeugt. Besonders unangenehm war es, dass der General Liebert Wurst, das vor dem Tage von ihm das prototypische Staatsrat verhandelt. Solche Wurst dienten Blodden, um keinen Nachdruck in die Hände bekommen. Mit einem Entschluss, das sich übrigens abwartend verhalten sollte, wurde man ohnehin bald wieder verhandeln.

Unterstellt ist nicht. Auf die Einholung des Zentrum von Sadow einberufenen Vorberatungen über die Reichsverfassung haben wir bereits geschriften hingewiesen.

Der Reichsverbandshauptling v. Liebert lädt den Post zum ihm völlig gleichaltrigen Leibergen eine Erklärung über seine Gedanken zu geben, aus der mir folgender Fassus interessiert:

Glücklicherweise hat mit ungern ein Journalist seine während der Rede gewandten Auszeichnungen zur Verfügung gestellt und spricht mir kein Bedenken über die unrichtige Weiberrede des Tages seitens der Potsdamer Tageszeitung aus.

Was er nun aber in seiner Rede eigentlich gesagt hat, das gilt der Reichsverbandshauptling für sich, er sagt darüber kein Wort. Ich gut nationaler Politiker habe definitiv sofort zugesagt, dass sich in Potsdam wieder um eine der Liebert nicht feierten. Wenn dieser Wunsch erfüllt wird, drohen die Thüringer mit ihrem Austritt aus dem Bloddenverein.

Die Einführung der Aermsten.

Die bremische Bürgerschaft verhandelte vor

dem über die Frage des Verlustes des politischen Wahlrechts durch Annahme von Menschenunterwerfung aus öffentlichen Mitteln. Der Reichstag hat im

1907 auf Antrag Abhol eine Resolution angenommen, in der Reichsstaaten einer Gesetzesänderung dahin erweisen

sollte, dass die Annahme freier Lehrräume, ärztlicher Behandlung, die unentgeltliche Aufnahme in ein öffentliches Krankenhaus und Verlust des Wahlrechts nicht zur Folge haben soll

da das durch Rückzahlung anderer Unterstützung das Wahlrecht wieder gewonnen werde. In Bremen gibt das bürgerliche Wahlrecht zu einer ähnlichen Reform Anlass, obwohl es nicht einmal ganz klar gefasst.

Schon im Oktober 1906 hat die Bürgerschaft eine solche Reform beschlossen, überhalb Jahre lang hat die Sache an dem sogenannten Deputationsnagel gehangen. Im Juni kam endlich der

richt. Bremen möge doch mit seinem (bürgerlichen) Wahlrecht alles beim alten lassen, bis der Reichstag mit dem

abgestoßen die Reform verabschiedet habe. In der Bürgerschaft verwarf man allgemein dieses Ausflussmittel. Nachau

nimmig genehmigte sie einen Antrag an den Senat, mit der

Form des bremischen Wahlrechts im Sinne des Abgeordneten

loch vorgezugehen.

Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.

Aus Straßburg wird der Frankfurter Zeitung berichtet: „Am Sonnabend nahm der kaiserliche Statthalter Graf Körber und der Staatssekretär Horn von Bulach an der Gedächtnissfeier des hundertjährigen Bestehens der Firma Schlumberger & Körber teil, deren Chef erst vor wenigen Tagen zu Grabe gezogen wurde. Er hielt eine Ansprache und überbrachte die Urkunde des Kaiserreichs. In dieser Ansprache wünschte er Körber die Sozialdemokratie, indem er zu den alten Freiheiten sagte: „Ihr Veteranen der Arbeit seit lebendige Freiheit der Kreise, die ihr eurem Arbeitgeber gehalten, und die ihr immer seine Freiheit eingetauscht habt. Haltest fest diesen Grundtag. Es sind Freiheiten, die die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter in Gegenstoss stellen. Das Wohl des einen bringt das Wohl des anderen. Gibt es dem einen schlecht, so kann der andere nicht gedeihen. In diesem Sinne wirkt eure jüngsten Kameraden ein, und eine solche Entwicklung ist für alle Freiheit zu Nutzen und Vorteil sein.“

Man sollte meinen, für jeden, der auch nur einen oberflächlichen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse hat, sei die „Freiheit“ von der sogenannten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit längst schon zu Grabe getragen. Aber „Festreden“ verschwinden ja vieles.

Der Wahlkampf der echten Blödlinge.

Einen neuen Beweis dafür, mit welch elenden Mitteln die hellen Nationalliberalen im Kreis Offenbach-Stadt, dem Wahlkreis des Generals Ulrich, den Kampf um das Mandat zu führen geplant, liefert das Reichsverbandshauptamt am Orte, die Offenbacher Zeitung, der Sonntagsnummer. Vor kurzem ist der Offenbacher Konsumverein in den Frankfurter Verein verschmolzen worden. Daraus seien längere Zeit später Gewinne nach dem Staatsamtswahl. Am Sonnabend stand in einer Stelle des lokalen Teiles in dem Blatte folgenderzufolge:

Die Geschäftsbücher des hiesigen Konsumvereins beschlagnahmt!

Auf Veranlassung des Großherzoglichen Staatsministeriums in Darmstadt sollten heute früh die Geschäftsbücher der Offenbacher Konsum- und Produktionsgenossenschaft wegen Verdachtes der Milizverschleierung und Verbreches gegen das Genossenschaftsgesetz beschlagnahmt werden. Die Bücher standen sich hier vor; sie befinden sich in Frankfurt a. M. Anwälten dienten auf Antrag der hessischen Staatsanwaltschaft die Verhafungnahme dort bereits erfolgt sein.

Sofort wurden von zuständiger Stelle Erkundigungen bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt eingezogen und von dort erfolgte prompte die Antwort, dass von einer Verklage am Hofgericht nichts bekannt sei. Der für Darmstädter juristische Amtsrichter war lediglich um eine Verwollständigung der Haushaltssubstanz (die Angabe über Mitgliederbewegung, Höhe des Gehaltsansatzes und Kosten, die den Bilanzen der Genossenschaften angehangt werden) gebeten. Aus dem rein geschäftsmässigen und harmlosen Vorgang haben die Nationalen und ihre Zeitung den Schwindel herausgestiftet.

Polizei und Jugendbildungvereine.

Vor dem Jugendgericht in Breslau stand am letzten Freitag eine Anzahl von Vorstandsmitgliedern der Breslauer Freien Jugendorganisation, die mit polizeilichen Strafbefehlen wegen Vergehens gegen das Vereinssiegel bedroht worden waren. Die Verurteilung ging dahin, dass sie als Vorstandsmitglieder Personen unter 18 Jahren in ihrem Verein aufgenommen und zum Teil selbst noch als Personen unter 18 Jahren einem politischen Verein angehört hatten. Sie erklärten, dass sie in ihrer Jugendorganisation lediglich Bildungsbestrebungen verfolgten. Dieser Verurteilung lag folgendes

zur Gründung: Am den Wintertag fanden Registrierungen an Schülern statt, die über als „Begründer“ (!!) verboten wurden. An Stelle dessen wurden zwei Vorträge gehalten, der eine über die Gewerkschaftswegung, wobei auch die 1863 Revolution vorausgegangenen Hungersnöte erläutert wurden, der andere über Jugenddienst, in dem u. a. bewertet war, dass Jugenddienst nur gegeben sei, weil der Erste Soldaten braucht. Daraus sollte hervorgehen, dass der

Verein ein politischer Verein sei, dem Personen unter 18 Jahren nicht angehören dürfen. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, indem er annahm, dass, wenn auch einmal ein Redner das politische Gebiet gestreift habe, daraus doch noch nicht hervorgehe, dass der Verein Politik betreiben wolle.

Reform des preußischen Vergleiches. Wie die Volksliste erfahren haben will, wird gegenwärtig in der Vergabstellung des Handelsministeriums mit den Vorarbeiten zu einer Neugestaltung des Vergleiches begonnen. Die Reform wird sich vor allem nach zwei Richtungen erstrecken. Es soll einmal eine Änderung in der Organisation der Vergleichsbehörden eintreten, indem getrennte Behörden geschaffen werden für den Vergleichsbehörde und für die staatliche Aufsichtsbehörde. Ferner soll gegen Entscheidungen von Vergleichsbehörden das Verwaltungsgerichtsvorverfahren eingelöste werden.

Reich im Flottenverein. Die Mitglieder des Landesverbands des deutschen Flottenvereins für das Großherzogtum Sachsen, der auch die kleinen nördlichen Staaten mit umfasst, können es noch immer nicht verstehen, dass der Flottenvereins-General Reim in der Versammlung verschwinden musste. Sie erklarten, der nächsthöchste Hauptversammlung des Flottenvereins fernzubleiben, wenn nicht die Herren Kreibach v. Würzburg, Sommerherr Spich und Regierungsrat Braune, die den Verband des bayrischen Landesverbands bilden, von ihren Plätzen entfernt werden. Wenn diesen Wünschen nichts Rechnung getragen wird, drohen die Thüringer mit ihrem Austritt aus dem Flottenverein.

Die Entstehung der Aermsten. Der bremische Bürgerschaft verhandelte zugunsten dem Post, aus der mir folgender Fassus interessiert:

Glücklicherweise hat mit ungern ein Journalist seine während der Rede gewandten Auszeichnungen zur Verfügung gestellt und spricht mir kein Bedenken über die unrichtige Weiberrede des Tages seitens der Potsdamer Tageszeitung aus.

Was er nun aber in seiner Rede eigentlich gesagt hat, das gilt der Reichsverbandshauptling für sich, er sagt darüber kein Wort.

Ich gut nationaler Politiker habe definitiv sofort zugesagt, dass sich in Potsdam wieder um eine der Liebert nicht feierten.

Wenn dieser Wunsch erfüllt wird, drohen die Thüringer mit ihrem Austritt aus dem Flottenverein.

Die Einführung der Aermsten.

Die bremische Bürgerschaft verhandelte vor

dem über die Frage des Verlustes des politischen Wahlrechts durch Annahme von Menschenunterwerfung aus öffentlichen Mitteln. Der Reichstag hat im

1907 auf Antrag Abhol eine Resolution angenommen,

in der Reichsstaaten einer Gesetzesänderung dahin erweisen

sollte, dass die Annahme freier Lehrräume, ärztlicher Behandlung,

die unentgeltliche Aufnahme in ein öffentliches Kranken-

haus und Verlust des Wahlrechts nicht zur Folge haben soll

da das durch Rückzahlung anderer Unterstützung das Wahlrecht wieder gewonnen werde.

In Bremen gibt das bürgerliche Wahlrecht zu einer ähnlichen Reform Anlass, obwohl es nicht einmal ganz klar gefasst.

Schon im Oktober 1906 hat die Bürgerschaft eine solche Reform beschlossen, überhalb Jahre lang hat die Sache an dem sogenannten Deputationsnagel gehangen. Im Juni kam endlich der

richt. Bremen möge doch mit seinem (bürgerlichen) Wahlrecht alles beim alten lassen, bis der Reichstag mit dem

abgestoßen die Reform verabschiedet habe. In der Bürgerschaft verwarf man allgemein dieses Ausflussmittel.

Nachau stimmt sie einen Antrag an den Senat, mit der

Form des bremischen Wahlrechts im Sinne des Abgeordneten

loch vorgezugehen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Vergangen in Linz.

Wien, 21. September. Nach Meldungen aus Linz jog das

Militär bei den gelungenen deutschstämmigen Kundgebungen der slowenischen

Besatzung Linz um das deutsche Kaiserreich, gegen das Steine geworfen wurden, um 7 Uhr abends einen Rokot. Als die Menge den

Rokot zu durchbrechen versuchte, ließ der Kommandant eine Salve abfeuern, wodurch eine Person sofort getötet, zwei Personen schwer

und drei anders leicht verletzt wurden. Unter den Schwerverletzten befand sich eine Frau, die noch im Laufe des Abends im

Spital ihren Verletzungen erlag. Heute soll über Vorfälle Anschluss-

anstand verhängt werden, die Stadtkommandant die Polizeigewalt entzogen und der Kommission der Sicherheits- und Wachdienst übertragen werden.

Schweden.

Schiedsgerichte der Aermsten.

Wie bereits kurz gemeldet, sind die beiden Hauptstädte des

Skandinavien in Malmö zum Tode verurteilt worden, ein

Widerstandiger soll sein ganzes ferne Leben bei Wagners-

arbeit im Justizhaus verbringen, wo andere, die nur am Dienst-

obligo des Dynamits beteiligt waren, zu sech und zu drei

Monaten Haftstrafe verurteilt, während Ratko Malmstrom, der

mit dem zum Tode verurteilten Rosberg in einer Gewissensbisse

lebte und um das geplante Attentat wusste, ohne es verdächtigt zu

kommen, mit 100 Kronen Geldstrafe davon kam. Diese Strafe ist

durch die Untersuchungshaft, die die übrigen hochrangigen Frau-

e — eine arme Fabrikarbeiterin — ertragen musste, für verdächtig erklärt worden. Die Strafverfolger unterliegen ja noch der Revision der höheren Instanzen, und es ist ebenfalls noch nicht endgültig entschieden, ob die Hauptstädte ihnen verurteilt werden, aber in jugendlicher Verblendung und ehrlichem Fanatismus begangene Tat mit dem Leben büßen sollen. Durch ihre Bombe wurde einer der englischen Streitbretter getötet, während leben mit Verletzungen davon

kamen, die gebellt sind, ohne irgendwelchen dauernden Schaden

hinterlassen zu haben. Die Angeklagten haben wiederholt verzichtet,

da ihnen die Absicht, zu töten, fern lag; sie wollten den

Streitbrettern eben nur einen nach ihrer Meinung heilsamen

Schred einjagen. Ihr Verleidiger beantragte immer von neuem,

dass wenigstens die Hauplangestellten auf ihre geistige und körperliche

Gesundheit untersucht werden sollten, aber die Vertreter der herzlichen Klasse, die in Malmö's Rathausgericht über arme, ver-

bleibende Proletarier abschreiten hatten, waren nicht dafür zu

haben. Ja, wenn die Malmöer Leute aus ihrer Klasse gewesen

wären, oder wenn die dreimal gezeitigte ausländische Streitbretter

streitende schwedische Arbeiter ermordet hätten, da wäre man

sicherlich zu mildere Rüffung gekommen! Die skandinavischen

Arbeiter natürlich auch kein Verständnis dafür, dass die Anklagten

ihrem Bombenanschlag als eine reizende klüge Tat betrachteten, da sie die organisierte, um die Existenz kämpfende schwedische Arbeiter-

chaft mit dem fremdländischen Streitbrettern, den Proletären,

befreiten wollten, die mit Revolvern bewaffnet, unter dem bedrohenden

Schlag der schwedischen Obrigkeit den Streitenden gegenüber eine

Thronfolge sondergleichen ausübten.

Die organisierte schwedische Arbeiterchaft hat den Bomben-

anschlag von Anfang an auf schärfste verurteilt, als eine ver-

brecherisch Tat, die auch der Arbeiterschaft nur

zuhören konnte. Die schwedische Sozialdemokratie hat noch auf

ihrem letzten Partititag die beiden Hauptabgeordneten jener „jung-

sozialistischen“ Richtung, die der Attentäter gehörte, endgültig aus

ihren Reihen ausgeschlossen, nachdem sie jahrelang ihnen

den Parteimitgliedschaft suspendiert waren. Das Unternehmen

aber, die Bourgeoisie, ihre Behörden und ihre Regierung hätten

dem Verbrechen vorbeugen können, wenn sie nicht das ausländische

Streitbrettergesind auf Anordnung der eigenen Arbeiterstadt ins

Land geholt hätten, es den organisierten Arbeitern nicht unmöglich

gemacht hätten, an diese Leute mit Waffen der Aufführung und Er-

mahnung heranzukommen.

Türkei.

Der Ausstand der Eisenbahner beendet.

Konstantinopel, 21. September. Der Streit der Eisenbahnerangehörigen ist durch Einsetzung eines

Steinarbeiter

Grosse Versammlung

Mittwoch den 23. September, abends Punkt 6½ Uhr, im Volkshaus

Tages-Ordnung:

Die Zusammenlegung der Zahlstellen Dresden mit dem Elbgebiet.

Constitutive gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Die Kollegen werden erzählt, recht zeitreich und pünktlich zu erscheinen. Es ist dies unbedingt notwendig, weil die Arbeitzeit bei den Branchen verschieden endet.

Die Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Metallarbeiter-Verband Mügeln und Umg.

Sonnabend den 10. Oktober, abends 8½ Uhr, im Deutschen Haus in Mügeln

General-Versammlung.

Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß ohne Mitgliedsbuch Zutritt nicht gestattet wird.

Die Ortsverwaltung.

Rabenau.

Unsren geehrten Abonnenten teilen wir hierdurch mit, daß wir die Kolportage der Dresdner Volkszeitung sowie sämtlicher Parteiliteratur Herrn Hermann Nitzsche in Rabenau, Bißmarckstraße 241, übertragen haben. Auch befindet sich daselbst die Annahmestelle von Insolaten und bitten wir die geachte Einwohnerchaft, hieron Notiz zu nehmen.

Die Expedition.

Soz. Verein Dresden-A.

Freitag den 25. September, abends 9 Uhr

Ausserordentl. Generalversammlung

in den Reichshallen, Palaisstraße.

Tages-Ordnung:

1. Statutenänderung.
2. Wahl eines Vorstandesmitgliedes.
3. Vereinsangelegenheiten.

Freitag den 25. September, abends 8 Uhr: Vorstandssitzung bei Rehrl, Bürgerhofs, Palaisstraße 1. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Büro-Geheimerat: Führer, Dr. Kröber, Brückstraße 77 O. L. Gemäß. Kurt Leuben Nr. 774.

Bureauamt: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 8 bis 6 Uhr. Sonntags von 7 Uhr abends.

Gruppe Leuben-Reick u. U.

Donnerstag den 24. September, abends 8½ Uhr, im Gaffhof zu Rehrl. Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die diejährige Landeskonferenz. 2. Bericht aus der Kreisversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. Jahrestreuen und pünktlichen Besuch erwartet. Die Verwaltung.

Dachdecker-Versammlung

Sonnabend den 26. September, abends Punkt 8 Uhr
in Koste Gathaus, Freiberger Platz 11

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu dem Geschluß d. Arbeitgeberverbandes in der außerordentl. Generalversammlung am 13. September, betreffend unseren eingereichten Lohntarif.
2. Verbands-Angelegenheiten. — Zu jedem Punkt Debatte.

Kollegen erscheint in Massen! Jeder muß seine Stimme abgeben, es gilt unter Freunden zu wählen! Der Einberufer.

Gewerbegechtsbelehrer (Kammern Pirna-Stadt u. Land), Kartelldelegierte und Vertrauensmänner.

Donnerstag den 24. Sept., abends 8½ Uhr, im Volkshaus Pirna

öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
Bericht vom Verbandsrat der Gewerbegechtsbelehrer Deutschlands in Döbeln.

Debatte.

Das Erstellen aller Beiträger, Delegierten und Vertrauensmänner ist dringend erforderlich.

Die Vorstande der Gewerbegechtsbelehrer Pirna u. Mügeln.

Reinh. Schönberg
Wittenberger Str. 14

zu Möbeltransporten

jeder Art
bei annehmbaren Ladepreisen, unter
gewöhnliche Ausführung,

empfiehlt sich

R. Schönberg, Holz- u. Kohlenhandlung.

Curt Wilkerlings Nachfolger, Ing. Richard Kröhl

Wittenberger Str. 2. Polstermöbelfabrik Wittenberger Str. 2

Ebener Tischler- und Polstermöbel, ganz Ausstattungen, Stahl- und

Spiegelgläser. Zug auf Teilezahlung.

Zum Umzug

empfohlen wir unser reich assortiertes Lager:

Möbel-Abteilung

Schränke, Verikos, Kommoden, Bettstellen, Matratzen, Sofas, Waschtische, Spiegel, Trumeaus, Sofa-, Auszieh-, Schreibtische, Büfets, Diwans, Chaiselongues, kompl. Schlaf-, Wohn- und Speisezimmer-Einrichtungen

Bequeme Teilzahlung

An- u. Abzahlung
je nach Vereinbarung und Wunsch des Käufers.

Zur Herbstsaison

Neuheiten in
Herren-, Burschen- u. Knaben-
Anzügen, Damen-Kostümen, Röcken,
Blusen, Jackettis und Mänteln, Kinder-Kon-
fektion, Kleiderstoffen, Damen- u. Herren-
Schuhwaren, Teppichen, Gardinen, Stores,
Tisch-, Bett-, Kommoden-, Chaiselongues-
und Steppdecken, Federn und Betten, Uhren,
Hängelampen, Kinder-, Sport-, Sitz- und
Liegewagen, Kinder-, Sport-, Sitz- und
Liegewagen, Näh- und Wringmaschinen.

Will. Ritter & Co.

Postplatz — Stadtwaldschlößchen

Waren- und Möbel-Kredithaus

1. Ranges.

W
treffen wir uns? Im Welt-
Spießhaus u. Frühstück-
lokal Tiefengasse 2

Da ist's gemütlich!
Bugsack-Sache.

Hochzeit. Blüschota in toll. Ausf.
billig zu verl. Sternplatz 1, I.

Militär-Stiefel u. Schuhe
neu u. getragen, nur bei
R. Nicolai, II. Kirchgasse!

Kasten-Dampfbad

1. Privatgebet, mit offenen Türen,
preisw. v. Schumannstr. 10, 4, r.

L.-K. Nordsee

Webergasse 30.

Telephone 2471.

Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands

In frischen allerfeinsten Qualitätien angeboten:

ff. russischen Kaviar, Pf. 10,-
ff. Kronen-Hummer, Pf. 24,-

ff. Nordsee-Kräbchen (geschnitten) Pf. 10,-

ff. Anchovis-Paste, Taf. 35 u. 55 Pf. Taf. 25 u. 50 Pf.

ff. Sardellen-Butter, Pf. 35 u. 60 Pf.

ff. Holl. Sardellen, ausgemogen Pf. 1.20, 2.20 R.

ff. Sprotten in Tomaten Pf. 60,-

ff. Ostsee-Delikatess-Heringe Pf. 60,-

in Wein, Zwiebeln, Bouillon, Champignon, Weißwein
und Senfsauce Pf. 10,-, Dose 1.10 R., 1/2 Dose 2.40 R.

ff. geräucher. Lachs per Dose 2.40, 1.20 R., 55, 75 R.

ff. Hansa-Bratheringe, eine Kugel und Seine, Dose 20 R.

ff. Aal in Gelee, klein, Dose 65 Pf., 1.10, 2, 3.75, 7 R.

ff. Aal in Gelee, mittel, Dose 90 Pf., 1.70, 2, 5.25 R.

ff. Rollmops, per Dose 45, 85 Pf., 1.25 R.

ff. Hering in Gelee per Dose 40, 85 Pf., 1.25 R.

ff. Bismarckheringe per Dose 65, 85 Pf., 1.25 R.

ff. Anchovis per Dose 40 R.

ff. russische Sardinen per Dose 40 R.

ff. Anchovis per Dose 40 R.

ff. Appetit-Bild per Dose 30, 45, 55, 100 R.

ff. Mayonnaise per Dose 50, 70, 100 R.

ff. Gabelbissen per Dose 55, 85, 100 R.

ff. Makrelen in Öl per Dose 100 u. 150 R.

ff. Thunfisch in Öl per Dose 90 u. 170 R.

ff. Sardinen in Öl per Dose 30, 45, 50, 60, 70, 100, 125 u. 200 R.

ff. Bratheringe (neue Ware), 8-Zitter-Dose 3.10 R.

ff. Bratheringe (neue Ware), 4-Zitter-Dose 1.65 R.

ff. Bismarckheringe (neue Ware)

4-Zitter-Dose 2.10 R.

ff. Delikatessheringe (neue Ware)

4-Zitter-Dose 2 R.

ff. Rollmops (neue Ware)

4-Zitter-Dose 2 R.

ff. Hering in Gelee (neue Ware)

4-Zitter-Dose 2.25 R.

ff. russische Sardinen per 9-Pfund-Box 1.70 R.

ff. Riesen-Fetteringe Pf. 10 R.

1/2 Kanne, 350—380 Pf. Inhalt, 20 R.

Gerne täglich frisch aus dem Raum:

Feinster geräucherter, rotfleischeriger Flusslachs

in Süßen, Pf. 1.50 R.

geräucherter Schellfisch, Rochen, Seebarsch, Blauregen, Roter Bärling, Roter Hecht.

ff. Riesen-Lachsheringe Stück 18 R.

per Stück, 55 Pf. Inhalt, 8 R.

ff. Seeaal in Gelee à Pf. 60 R.

ff. Flußlachs in Gelee à Pf. 100 R.

ff. Fischstäbze à Pf. 100 R.

Frische Seefische

treffen auf unserer Dampffischerei in großen Fischen ab.

Deutsche Dampffischerei - Gesellschaft

„Nordsee“

Telephone 2471.

Montag früh 5/1 Uhr ab
died nachts, können
Velden meine liebste Stadt
meine liebste Stadt
Schweden und Tiere, Frau

Luise Kluge geb. Ansbach

in 54. Geburtstag.

Die Geschichte hat den

Montag den 24. September
nachmittag 3 Uhr, von der Seite
der Göttner Friedhof auf

Jahrtausende zurück.

Die Geschichte hat den

Montag den 24. September
nachmittag 3 Uhr, von der Seite
der Göttner Friedhof auf

Jahrtausende zurück.

Die Geschichte hat den

Montag den 24. September
nachmittag 3 Uhr, von der Seite
der Göttner Friedhof auf

Jahrtausende zurück.

Die Geschichte hat den

Montag den 24. September
nachmittag 3 Uhr, von der Seite
der Göttner Friedhof auf

Jahrtausende zurück.

Die Geschichte hat den

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

899

Nr. 220.

Dresden, Dienstag den 22. September 1908.

19. Jahrgang.

Agitationsbezirk Dresden!

Wie uns mitgeteilt wird, paßt einer Anzahl Wahlkreise auf die Gründen der Tag für die Abstimmung der neuen Gesetze, die am Sonntag den 27. September stattfinden soll, sehr nicht. Infolgedessen muß diese Abstimmung um eine Woche verschoben werden. Sie findet nunmehr am

Sonntag den 4. Oktober

Im übrigen bleibt alles unverändert. Wir geben das hierdurch bekannt; besondere Einladungen halten die Kreise sonst nicht noch einmal.

Dresden, 21. September 1908.

Das Bezirksagitationskomitee.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein sächsischer Antisemitentag

Am Sonntag in Böhlen abgehalten, zu dem 72 Vertreter gekommen waren. Es ist in erster Linie ein Jahresbericht erstattet worden, doch erläutert man darüber aus den Berichten, die die gesetzliche Presse darüber veröffentlicht, so gut wie nichts. Es sich dieser Bericht überhaupt nur auf die Tätigkeit im letzten Kalenderjahr erstreckt. Sehr viel wird man darüber nicht zu hören bekommen haben. Noch schlimmer scheint es aber mit den Anlagen zu stehen; darüber hat man den vorliegenden Berichten überhaupt nichts verraten.

Die weiteren Verhandlungen seien mit einer Ausgabe begonnen. Ein Justizrat Schnaub aus Leipzig referierte auf gemeinschaftliche Einwanderungen in das Reich. Gemeinschaftlich sollen danach alle die Auswanderer sein, die nicht sächsisches Blutes sind. Nach Schnaub sind gegenwärtig 60000 Ausländer in Deutschland, dazu können noch 80000 Sachsen sein. Die eigentlichen Ursachen dieser Einwanderung hat der Justizrat aber nicht berührt. Es kann doch kein Zweifel bestehen, daß die weitaus größte Mehrzahl der Siedler der Arbeiter sind, die aus Südmärkten, Galizien, Polen von den Unternehmern herbeigezogen werden, weil sie gefügige Streikbrecher oder doch billige und geringe Arbeitskräfte haben wollten, um den Profit zu erhöhen. Und daher auch die Unternehmer in erster Linie dafür verantwortlich zu machen, wenn es richtig ist, was Herr Schnaub meint, daß die Rassendiskorde und die Verbrechen wider die Siedler unter dem Eindruck der Ausländer zugemommen hätten.

Um diese Seite der Ausländerfrage ist es den Antisemiten weniger zu tun; sie wollen vor allem die ausländische Konkurrenz im Handelsgewerbe ausschalten. Kommentiert doch der Justizrat als: Auf der Leipziger Messe seien jetzt kaum aller Kleinindustrie Ausländer. Auch die Zahl der Ausländer an den deutschen Hochschulen, so an der Leibnizschule zu Leipzig, sei bedenklich. Sachsen als Grenzland sehr unter der ausländischen Einwanderung zu leiden. Aber auch man die Zahl der Ausländer zu beschuldigen, Sachsen gehe nichts dagegen. Die Ausländerstatistik für Leipziger Handelshochschule ist „frisiert“, denn sie bezieht sich nur auf das Sommersemester, wo erfahrungsgemäß weniger Länder dort seien, steht auf das ganze Studienjahr. Ebenso wie mit der Technischen Hochschule in Dresden.

Aus diesen Ausführungen geht klar hervor, daß die Antisemiten keine Konkurrenz der Ausländer für die Handlungsgeschäfte, wissenschaftlichen Beamten usw. haben wollen, alles andere ist ihnen schädlich und gegen den Streikbrecherverkehr der Unternehmer dem Ausländer haben sie erfreut nicht einzurunden. Das ist auch durch einen antisemitischen Schneidermeister zum Ausdruck, der in der Debatte betonte, tschechische Schuhhersteller könnten in Sachsen nicht entstehen, sonst würde man bald Schuhhersteller aus Tschechien haben. So wie aber dieser Herr Schuhmeister noch keinen tschechischen Schuhhersteller hat, haben andere Verlangen nach italienischen Erdarbeitern, galizischen Fabrikarbeitern usw. Der antisemitische Standpunkt kam schließlich durch folgende Resolution zum Ausdruck:

Der sächsische Parteiung der Deutschen Reformpartei erfuhr die Klage, Regierung, die Einwanderung Ausländer nicht germanischer Herkunft daran und ihre bauende Niederkunft zu verhindern, Ausländer den Besuch der Universität, der Technischen Hochschule, der Bergakademie und der höheren Unterrichtsanstalten zu verhindern und die Gemeinden zu veranlassen, daß sie zur Kontrolle der Kinder fremdenlands ansetzen.

Auch über die sächsische Wahlrechtsfrage verhandelte der Antisemiten. Hierüber referierte der Landtagsabgeordnete Zimmermann. Er lehnte den sächsischen Wahlgesetzvorschlag der nirgend Gegenliebe gefunden habe, und setzte sich damit Widerstand zu den Mittelständlern, die ebenfalls allein in den sächsischen Wahlbezirk alles Heil für sich und ihren Wohnung erwarteten. Der Kompromißvorschlag läuft nach Zimmermann aufzuholen, ein Vierklassenwahlrecht an Stelle des Dreiklassenvorwahlrechts zu ziehen. Die Zusammensetzung auf Grund des Alters ist noch nicht einmal sicher, die Abstimmungen auf Grund von Bildung und Geschick würden plausibler. Man lasse keine Teilberechtigung konstruieren. Die Regierung habe Entgegenkommen gesetzt, indem sie an Stelle der kommunalen Wählerversammlungen treten lassen wollte. Der das sei auch unumstößlich; man müsse zu einem einheitlichen Wahlsystem kommen. Ein gemischtes Wahlsystem bedeute ein Unbehagen in teilweise Zustände, wie sie vor 1880 in Sachsen herrschten. In der zweiten Kammer sei die Regierungsvorlage glatt abgelehnt, an eine Zweidrittelmehrheit dafür sei es nicht gelungen. Nur die Mittelstandsbewegung habe sich für erklärt. Die Reichstagswahl vom Januar 1908 habe zweitens, daß nach beim freien Wahlrecht, dem allgemeinen, gleichen, geheimen, die Großstadt sich eine nationale Vertretung forderten. Niemals aber habe davon etwas verlaufen, daß Minister Groß-Hohenlohe vor Abreise der Wahlrechtsfrage mit den Führern der Parteien Führung genommen hätte, die Wahlvorlage der sächsischen Regierung werde in der zweiten Kammer nur eine verschwindend kleine Minorität finden. Werde die Vorlage abgelehnt, so müsse die Regierung

die Kammer auflösen oder Graf-Hohenlohe müsse zurücktreten.

Schließlich wird einstimmig eine Resolution zur Wahlrechtsfrage angenommen, in der es heißt:

... Wird ein Burdigtreilen auf das alte Landtagswahlrecht mit einem dem Geldwert entsprechenden Renten bezahlt, so wird es nicht mehr für ungünstig erachtet, so glaubt die Deutsche Reformpartei, unter Beziehung auf ihre Entscheidung vom 27. Juli 1907 und die Ausführungen des Abgeordneten Zimmermann in der zweiten Kammer, doch an ihrer Umsetzung festhalten zu müssen, daß nur ein gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht mit Verhältnisswahl und Wahllokalsitz geeignet erscheint, die Grundlage abzugeben für ein neues Landtagswahlrecht, das dem Land Sachsen den inneren Frieden wiederher und eine fortwährende Entwicklung zum Höhe der gesamten schaffenden Arbeit gewährleistet.

Außerdem hat man sich noch mit dem unlauteren Wettbewerb und der Komponierung beschäftigt. Doch sind die Verhandlungen darüber ohne Belang.

Die Haltung der Antisemiten zu den einzelnen politischen Fragen ist im Grunde bedeutungslos, denn die Reformer sind heute nicht mehr in der Lage, irgendwie einen politischen Einfluß auszuüben. Sie stellen jetzt in Sachsen nur einen schwäbigen Überrest aus früherer Zeit dar.

Die lange Untersuchungshaft.

Es fällt es auf in den Gerichtsakten, daß Beschuldigte nicht nur Wochen, sondern oft monatelang in Untersuchungshaft gesessen haben. Nicht selten hängt es damit zusammen, daß die Beschuldigten ungenugend und das Beweismaterial zu ihrer Überführung nicht so schnell zu beschaffen war. Aber es kommt auch vor, daß die Beschuldigten ohne ihre Schuld die Quellen monatlang Untersuchungshaft erleiden müssen, wie beispielsweise drostisch ein vor der dritten Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts verhandelter Fall beweist hat. Neben nicht lange Monate haben da zwei Angeklagte in Untersuchungshaft gesessen. Wie eine Flucht in die Distanz flüchtete, klang es aus dem Mund des Staatsanwalts, der selbst für Amtshandlung der Untersuchungshaft auf die Strafe plädierte, da die Angeklagten sie nicht verdient hätten. Wegen des außerordentlichen Geschäftsganges konnte die Staatsanwaltschaft nicht schneller arbeiten, sagte er, da muß es wohl an Personal gehen! Es ist ein sehr betrübliches Geschehen, wenn die Staatsanwaltschaft so stark beschäftigt ist. Es ist aber ein Zeichen der Zeit und wohl auch eine Folge des wirtschaftlichen Niederganges.

Auch ein Finanzamt!

Der Sachverständige Sydow hat sich, wie der Antisemit Zimmermann auf dem Vortrage der sächsischen Reformer selbst mitteilte, auch diesen lungengestreckten Herrn als Steuerfachverständigen kommen lassen. Damit hat Herr Sydow zweitens einen sehr guten Erfolg gehabt, denn auf finanziellem Gebiete hat Herr Zimmermann zweitens ganz hervorragende Erfahrungen. Als Direktor der antisemitischen Macht, des Organs der sächsischen Reformer, hatte er es in überaus langer Zeit verstanden, mit den vorhandenen Mitteln gründlich aufzurütteln. Der Erfolg war, daß das antisemitische Organ von der Bildfläche verschwand. Obersteuer ist gegen 5% über in der Stallbaracke 6, in der 50 Pfund den Birkenauer Feldartillerie-Regiment Nr. 64 untergebracht waren, ausgezogen. Es griff mit unheimlicher Schnelligkeit um sich und ließ im Nu das ganze aus Holz bestehende Gebäude in Flammen. Von den 50 Pferden konnten nur 84 noch gerettet werden, während 16 Pferde verbrannten bzw. erstickten. Beim weiteren Verlust haben zum Teil schwer verbrannte Männer, die mit Pferdepeitschen beschäftigt waren, bemerkt den Brand quer. Sie rissen die Seitenwände des Stalles ein und retteten noch Möglichkeiten die Pferde. Die Tiere gerieten vor Angst die Stufen. Nur mit Inappetit Rot und Weiß brachten sich die Stallmänner, die während der Nacht im Stalle geschlafen hatten, in Sicherheit. Großer Schaden ist durch das Verbrennen der Güterwache und der Ausstellungsgesellschaft, z. B. Sättel, Taschen, Stühle usw., entstanden. Einzelne den Trümmern bemerkte man Säbel und der gleichen Sachen, u. a. auch einige geschmolzene Taschenheben, die den Stallmännern gehören. Nur der jüngsten Wiederholung ist es zugetreten, daß die übrigen, leicht ansteckenden Baracken zerstört geblieben sind. Bereits hatte das Rathaus den Feuerwehrwagen, hoch gelang es den Anstrengungen der Feuerwehrmen, diese Gebäude zu erhalten. Der Schaden ist durch Verhinderung gebildet. Der Stall soll einen Wert von 20000 R. gehabt haben.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Sonntag nachmittag ereignete sich bei der sogenannten Steinernen Brücke ein schwerer Unglücksfall. Zwei Kinder eines Fabrikarbeiters wurden von einem Kohlenwagen überfahren. Sie blieben auf der Stelle tot.

Bethain. Am Sonntag früh brach in der Abteilung II des Gardekorps auf Peitzkamp auf noch unmittelbare Weise ein Schabenfeuer aus, dem 16 Pferde des 64. Artillerie-Regiments (Wittnau) zum Opfer fielen. Neun Pferde wurden verletzt. Die Fabriker der Pferde wurden noch der Kavallerie in Riesa beschafft. — Über den durchschnittenen Brund wird dem Leipziger Tageblatt noch gemeldet:

Nachrichten aus dem Lande.

Torgau. Gestern nachmittag ereignete sich bei der sogenannten Steinernen Brücke ein schwerer Unglücksfall. Zwei Kinder eines Fabrikarbeiters wurden von einem Kohlenwagen überfahren. Sie blieben auf der Stelle tot.

Bethain. Am Sonntag früh brach in der Abteilung II des Gardekorps auf Peitzkamp auf noch unmittelbare Weise ein Schabenfeuer aus, dem 16 Pferde des 64. Artillerie-Regiments (Wittnau) zum Opfer fielen. Neun Pferde wurden verletzt. Die Fabriker der Pferde wurden noch der Kavallerie in Riesa beschafft. — Über den durchschnittenen Brund wird dem Leipziger Tageblatt noch gemeldet: Das Pferd ist gegen 5% über in der Stallbaracke 6, in der 50 Pfund den Birkenauer Feldartillerie-Regiment Nr. 64 untergebracht waren, ausgezogen. Es griff mit unheimlicher Schnelligkeit um sich und ließ im Nu das ganze aus Holz bestehende Gebäude in Flammen. Von den 50 Pferden konnten nur 84 noch gerettet werden, während 16 Pferde verbrannten bzw. erstickten. Beim weiteren Verlust haben zum Teil schwer verbrannte Männer, die mit Pferdepeitschen beschäftigt waren, bemerkt den Brand quer. Sie rissen die Seitenwände des Stalles ein und retteten noch Möglichkeiten die Pferde. Die Tiere gerieten vor Angst die Stufen. Nur mit Inappetit Rot und Weiß brachten sich die Stallmänner, die während der Nacht im Stalle geschlafen hatten, in Sicherheit. Großer Schaden ist durch das Verbrennen der Güterwache und der Ausstellungsgesellschaft, z. B. Sättel, Taschen, Stühle usw., entstanden. Einzelne den Trümmern bemerkte man Säbel und der gleichen Sachen, u. a. auch einige geschmolzene Taschenheben, die den Stallmännern gehören. Nur der jüngsten Wiederholung ist es zugetreten, daß die übrigen, leicht ansteckenden Baracken zerstört geblieben sind. Bereits hatte das Rathaus den Feuerwehrwagen, hoch gelang es den Anstrengungen der Feuerwehrmen, diese Gebäude zu erhalten. Der Schaden ist durch Verhinderung gebildet. Der Stall soll einen Wert von 20000 R. gehabt haben.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Sonntag wurde in Altenhain für ein 30 Jahre alter Maschinenschmied aus Leipzig, der in Geisendorf einen Anzug nach dort unternommen hatte, von einer jähr. 1/2 Meter langen Kreuzotter in die rechte Hand gebissen. Der junge Mann ließ sich die Wunde sofort unterbinden und begab sich in Behandlung eines Arztes in Trossen. Zug der gegebenen Gegenseitigkeit schwoll die Hand und der ganze Arm unter Röhrenschwellen an, so daß der durch den Schlangenbiss Vergiftete sofort nach Leipzig zurückfuhr und sich im Stadtkrankenhaus aufnahmen ließ.

Am den folgen der erlittenen Brandwunden verhorben ist in Leipzig 10 Jahre alte Tochter eines Beamten, die vor einigen Tagen in Abschreinheit der Eltern als Streichhölzer zu verschaffen wußte und damit spielt. Dabei entzündeten sich die Hölzer und legten die Kleider des unglücklichen Kindes in Brand, das schweren Brandwunden im Gesicht und an den Beinen davontrug. — Am Sonntag abend wurde auf der Brücke von Thalau nach Borna ein Automobilfahrer des Magazinbetriebes am Wildschönhauser von drei Unbekannten angegriffen. Während noch der Kerle ihm vom Auto rissen und mißhandelten, befing der dritte das Auto und fuhr davon, worauf die beiden anderen ebenfalls im Dunkel der Nacht verschwanden. — Das Auto des Getrockneten rettete in Borna gefangen der Schuhmeister Schulz ein fünfjähriges Mädchen, das beim Rasten an einer Bremse stand und sich eine Strecke vom Auto fortgerissen war.

— In seinem Wagen wurde der Schuhmeister Schulz in Grotendorf auf dem Sofa liegend, tot aufgefunden. Das Kind war mit Gas angegriffen, daß als die Frau das Kind in Zimmer mit einem brennenden Streichholz betrat, erschreckte. Der dadurch entstandene Brand wurde bald wieder gelöscht. Die von der Staatsanwaltschaft angesehene Section Schulz ergab als Todesursache Vergiftung durch Kohlenoxydgas. — In einem Bergungslagerhof zu Chemnitz drohte in der Nacht zum Sonntag ein 17-jähriger Sohn, während er mit noch anderen Säcken an einem Tische lag, ein Taschenknifffel hervor und feuerte, angeblich aus Scherz, einen Schuß ab. Die Kugel ging dem unbekannten Säcken durch den Handteller der linken Hand und drang sodann in den linken Oberarmteil ein. — Dem Besitzer des Goldschmiedes Rabe waren aus seinem Werkstattmutterholz zur Nachbildung Karabiner gefertigt worden, so daß er einem Beamten der hiesigen Wache- und Schießgesellschaft auftrug, schaft Oberteil zu geben und den Dieb zu ermitteln.

Im Säcken des Tisches waren wiederholt Säcke zu beobachten, die auf die Unwesenheit Unternehmens hielten; sie verloren sich aber am Ende nach, wie sich im Schilde etwas bewegte. Er schaute sich näher und bemerkte im Schilde einen — großen Hund, der auf der Lauer lag und jedem, wenn ein Karabiner den Kopf aus dem Wasser stieß, danach schnappte. Das Tier ergriff, durch den Mann aufgeschreckt, sofort die Flucht. — Ein auf der Wache befindlicher Handwerksbursche wurde in Königsstein von einem Schutzmann beim Freuden abgefaßt und sollte ihm zur Wache folgen. Der Mann rief aber aus und sprang, um seinem Verfolger zu entkommen, in die Elbe. Man fischte ihn als Leiche aus dem Strom und zog aus seinem Arbeitsschlauch fest, daß er ein Fleischergeselle aus Bautzen i. S. und 44 Jahre alt war.

Bautzen. Von den Landkreisen des Markgraftums Oberlausitz sind 2000 R. zu Prämien für treue Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter zur Verfügung gestellt worden. Es sollen erhalten alle Dienstboten, die sechs Jahre in ein und derselben Dienststelle gedient haben, je 80 R. ferner alle diejenigen, die zehn Jahre gedient haben, je 80 R. Weiter soll ein landwirtschaftlicher Arbeiter, der

Zur Dresdner Steuerreform.

III.

Zu Dresden besteht zurzeit eine sogenannte Lustbarleitsabgabe, die von der Polizeidirektion eingehoben wird und der Armeeaufzüge zulässt. Hier liegt der Steuerfischer ebenfalls kräftig ein. Diese Abgabe brachte im Jahre 1907 die Summe von 145 457 M. Sie soll viel mehr ergeben, weshalb aber nicht ist, sie gänzlich in eine neue Bilett- und Lustbarleitstaxe einer umzugehen. Sie wird unter die Luststeuer rubriziert. Das ist bezeichnend. Wer ein Theater, ein Konzert, ein gutes Varieté usw. besucht, tritt — frei nach Stadtrock Koch — durch, für den es besonders besteuert werden muss. Soll dann aber der Mensch zum Burlesken werden? Ach nein! Er soll noch wie vor diesen „Luxus“ treiben und auf diese Weise — bleibe für den Stadtschädel. Das eine solche Steuer bildungs- und kulturbildend sei, — dilektet oft exponierte Einwohner wird u. a. damit bezeugt, daß die beiden Hoftheater und die im Opernhaus stattfindenden Aufführungen der Königlichen Kapelle von der Bilettstaxe befreit seien. Dorthin gehen aber schon der verhältnismäßig hohen Preise wegen in der Hauptstache nur die wohlhabenderen Leute. Sie würden also von der Steuer bestellt sein! Während noch einem vorgeschlagenen Schema ungefähr elabrierten würden im Jahre: Verein für Industriejahr 1897, Biltorcasalon 15554, Residenztheater 21943, Centraltheater 32073 M.; diese vier Unternehmungen zusammen ausmachen: 75 267 M. Es ist gar kein Zweifel, daß diese Bilett- und Lustbarleistaxe im wesentlichen von der Kasse der unmittelbaren Einwohner getragen werden müsse. Im ganzen rechnet man mit 100 000 M. Mehrertrag im Jahre?

Zu neuen Steuern wird weiter eine Schanksteuer eingesetzt, die den Gast- und Schankwirtschaften sowie dem Kleinhandel mit Brannizien aufzuerlegen wäre. Und zwar nach dem Prinzip, das seinerzeit in dem Regierungsentwurf über die Gemeindesteuer aufgestellt war. Die Steuer richtete sich dort nach dem Wert der Betriebslokalitäten. Sie lehrt mit jährlich 10 M. (bis 1000 M. Werte) ein, und stieg bis 300 M. über 20 000 M. Wertwert. Der Ertrag ist unsicher, auf 60 000 M. glaubt man jedoch rechnen zu können. Einwendungen dagegen wirkt die Vorlage mit folgenden Bemerkungen ab: „Es kann nicht ausbleiben, daß sich die Beteiligten, wie sie dies bereits im Jahre 1904 gegenüber dem Entwurf des Gemeindesteuergelegetes getan haben, entschieden gegen die neue Steuer wenden. Jadesen muß darauf hingewiesen werden, daß in Preußen die Betriebssteuer und Schankconzessionssteuer nicht nur neben der Brau- und Biersteuer, sondern außerdem neben der allgemeinen Gewerbesteuer bestellt, und doch trotzdem die Boge des Gastronomiegewerbes und der verwandten Gewerbe als durchaus erträglich bezeichnet wird.“

Nachdem wird eine Erhöhung der Hundesteuer empfohlen. Es handelt sich hier fast ausschließlich um eine Luststeuer, die „nach Möglichkeit ausgebaut“ werden müsse. Anderswohl sei der Steuerzug viel höher. Das „Privilegium“ für Zughunde soll aufgehoben werden. Der Hund ist von Natur kein Zugtier; das ist von den Tierschutzeineen immer wieder betont worden. Seine Benutzung zum Jagen von Fasen grenzt zumeist nochein an Tierquälerei. Dies gilt vor allem für den Winter in der Großstadt, wo die Schneefestigung in Strohballen durch Zughunden den Tieren große Ungelegenheiten bereitet. Es liegt also zum mindesten keine Veranlassung vor, daß Halten von Zughunden schlecht im Gegensatz zu den Verbrennungen der Tierschutzeineen zu unterschützen. Dessen ungeachtet kann recht wohl denjenigen kleinen Handelsbetrieben, die die Kosten eines anderen Zugtieres nicht zu bestreiten vermögen und die auf das Halten eines Zughundes angewiesen sind, durch Erhöhung und nach Bedarf sogar durch Erlass der Steuer entgegengestellt werden.“ So wird der Vorschlag begründet. Nur jetzt Hund soll ohne Ausnahme 20 M. (jezt lautet Zughunden) 15 M. Steuer gezahlt werden. Aber wird oder noch mehr Hunde hält, soll dafür je 30 M. zahlen. Schätzungsweise Mehrertrag: 35 000 M.

Auf wie unsicheren Boden die Steuerreform-Vorschläge stehen, beweist die Tatsache, daß auch die Umsetzung gegen Widerstände und Zweifellosigkeit mit in Rechnung gestellt ist, obwohl aus verschiedenen Gründen deren Zustandekommen doch noch recht ungewiß erscheinen mög. Das Gefühl hat man offenbar auch beim Rat, denn die Vorlage geht mit ganzen sechs Seiten vorliegen um den Stand der Umlaufsteuerfrage weg. Der Rat hat den mutmaßlichen Ertrag schon früher auf 290 000 M. geschätzt. Vorläufig steht noch der ablehnende Entscheidung der Kreishauptmannschaft die Vorlage in einer Sonderkommission, die unseres Wissens noch nicht eine einzige Sitzung darüber abgehalten hat.

Sie vorzüglich ist die Frage behandelt, ob die Grundsteuer eine Erhöhung verträgt. Diese Steuer sollte vor einigen Jahren in eine Steuer nach dem gemeinen Wert fortgebildet werden. Wie in so vielen Fällen hat es der organisierte Grundbesitz, aber auch hier so weit gebracht, daß nichts Ganzes daraus geworden ist. Nach den Beschlüssen der Stadtverordneten ist diese Art der Besteuerung sehr unklaram geworden. Alle bekannten Grundstücke, die zu mindestens zweitritt durch Vermietung ausgenutzt sind, werden nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem 17/16-fachen Ertrag im Vorjahr besteuert. Dabei kommt in den Regel ein niedrigerer Steuerbetrag heran, was auf 44 Proz. der Grundstücke zutrifft. In der Vorlage heißt es: „Man ist diese Verschiedenheit, wenigstens soweit sie die unter dem gemeinen Wert veranlagten Grundstücke betrifft, ja mit voller Richtigkeit geschaffen worden. Man wollte den unbedenklichen Grundbesitz, sowohl er der gewerblichen Vermietung, einer höheren Besteuerung, als sie vor Einführung der Abgabe ist auch erreicht worden. Nach einer vom Rat nach § 4 Abjoh 5 der Gemeindesteuerordnung verlangten Grundstücke, bei der die Feststellung des gemeinen Wertes nach dem übrigen gebrauchten Grundstücken erfolgte, hat sich ergeben, daß die für jede Grundstücke gezahlte Ertragsssteuer hinter der Steuer, mit der sie nach dem gemeinen Wert zu belegen waren, in 10 648 Fällen um insgesamt 160 545 M. zurückbleibt.“ Zeit jetzt und rückblickend wird, dann weiter ausgeführt, daß die Privilegierung des Kreishauptmannes „manchmal für mich“ habe, man könne aber auch manches gegen ihm vorbringen, wenn in Zukunft alle Grundstücke nach dem gemeinen Wert besteuert würden. Wolle man das nicht, dann würde „eine mäßige zu ziehen sei in diesem Falle die Schulgutsteuer“. Hier hat sich um über 31/2 Prozent zugunsten der Haushalte ver-

ändert. Nach dem Vorschlag wäre eine Mehreinnahme von rund 175 000 M. leicht zu erzielen.

Die wichtigste der neu vorgeschlagenen Steuern ist die Wertzuwachssteuer. Sie soll am Schluß etwas ausführlicher behandelt werden. Vorher sei festgestellt, daß unter Berücksichtigung aller dieser Vorschläge noch ein Fehlbetrag von 625 000 M. bleibt, der durch Erhöhung der Einkommenssteuer zu decken wäre. Das würde etwa 8 Proz. ausmachen. Man will die Sache unserer Meinung nach gerade verfehlt anfangen. Statt mit einer gründlichen Änderung bei der gerechtenen der Einkommenssteuer, zu beginnen und dann erst nach weiterem, unumgänglich nötigen Erfolg zu suchen, möchte man die Einkommenssteuer nur wenig und nur im äußersten Notfälle heranziehen. Dabei muss immer wieder betont werden, daß Dresden mit die niedrigste Gemeinde-Einkommenssteuer von allen ländlichen Gemeinden hat. Dass sich dadurch die Erhöhungen leicht drehen werden, erwartet die Vorlage selbst: „Im übrigen dürfte wohl nur die Änderung des Taxat, und zwar der sogenannten Progression, in Frage kommen. Es lädt sich schwer jetzt voraussehen, daß von der einen Seite die schärferen Erhöhungen der oberen Klassen, von der anderen Seite außerdem eine Erhöhung der Säye für die unteren Klassen zur Erholung gestellt werden wird. Gegen letzteres lädt sich sehr viel, gegen ersteres manches einwenden; auch wird es auf die Stellung der Königlichen Staatsregierung zu einer Tarifänderung sehr ankommen.“

Sehr leicht wird gegen das sogenannte Beamten-Mittel opponiert.

Es heißt da: „Bedeutend geringer würde die Erhöhung natürlich ausfallen, wenn es gelänge, daß Privilegium des Feit beibehalten in § 30 der Revidierten Stadtverordnung endlich zu befehligen. Allein dies liegt lediglich in den Händen des Staates.“

Dass die Bestimmung nach dem sogenannten Dienstlokalitäten, Wartegeld und Pension bei der Gemeinde-Einkommenssteuer nur zu vier Fünftel in Ausschlag zu bringen sind, der heutigen Rechtsauflösung nicht mehr entspricht, ist seit Jahren von vielen Seiten betont worden, und an Anregungen zu ihrer Aufhebung hat es innerhalb wie außerhalb des Landtags nicht gefehlt . . . Den Mehrertrag der Einkommenssteuer nach Wegfall des Steuerprivilegs der Feit behalten vermag das Steueramt ohne Vorarbeiten umfanglichster Art, die mit dem vorhandenen Personal nicht ausführbar sind, nicht anzugeben; doch kann man ihn sicher auf mehrere Prozente der Steuer bekräftigen.“

Wie haben stets diese längst nicht mehr zeitgemäße Bestimmung lebhaft bekämpft.

Antisoziales vom Rathause.

Amtlich wird aus der legitimen Gesamtkritik berichtet: Der Centralverband deutscher Kaufleute zu Dresden hat an die städtischen Kollegen das Gesuch gerichtet, bei Vergebung städtischer Arbeiten an Unternehmer eine Vollaufklausel verfestigt in den obig beschriebenen Vertrag anzunehmen, daß der Unternehmer verpflichtet sein soll, die mit den Arbeitnehmern der baubürofischen Gewerkschaftsorganisationen für Hoch- und Tiefbau tatsächlich festgelegten Löhne und die vertragsmäßig niedergelegten Arbeitsbedingungen einzuhalten. Vor Einschließung auf das Gesuch hat der Rat zunächst den Arbeitsverband für das Baumgewerbe zu Dresden gehört. Dieser hat sich mit der Aufnahme der Vollaufklausel in den Verträge unter der Voraussetzung erklärte, daß in den Verträgen gleichzeitig auch die vom Deutschen Arbeitgeberbunde beschlossene Streiklaufklausel Aufnahme findet, die dahin geht, daß bei einem Ausstand oder einer Bassperrre der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber die Bassel sich um die Dauer des Ausstands oder der Sperrzei zu verlängern hat, gleichviel ob derselbe einen teilweise oder gänzlichen Stillstand der übernommenen Arbeiten herbeigeführt haben. Nach Prüfung der Sachlage beschließt der Rat, sowohl die Aufnahme der Vollaufklausel wie die Einschaltung der Streiklaufklausel in die Verträge der Stadt anzulehnen.

Wenn man in derartigen Fragen die Anschwungen der Unternehmer berücksichtigen will, dann ist von vornherein klar, was dabei herauskommt. Obwohl in diesem Falle auch ein Interesse daran haben müßten, daß dem Wunsche der Arbeiter entsprochen wird. — Die Arbeiter werden übrigens nicht gefragt, wenn die Unternehmer etwas wollen.

Ein neues Vergnügungsestablishement.

Die Architektenfirma Große u. Ulbricht will im Zentrum der Stadt ein neues, großes Restaurants- und Saalgebäude schaffen. Über den Plan, dessen Ausführung bereits früher sein soll, wird berichtet: Durch teilweisen Umbau und größere Neubauten des auf der Landhausstraße Nr. 13 gelegenen ehemaligen Coselischen Palais und des benachbarten Grundstücks Nr. 15, das nach dem Pirnaischen Platz zu an das Gebäude der Polizeidirektion grenzt, soll im Stadtinneren das größte Verleih- und Gesellschaftshaus entstehen und vor allem die folgenden durchaus künstlerisch und komfortabel ausgestatteten Verleihräume enthalten: Im Erdgeschoss und den Obergeschossen Bier-, Wein- und Café-Restaurant mit Tag- und Nachbetrieb, ferner einen 1200 Personen und einen Schankhof. Weiter sollen ersten 70 Personen und ein „Sachsenzimmer“ für etwa 120 Personen, in Verbindung mit einem Vereinszimmer für etwa 170 Personen. Durch den Einbau eines ungefähr dem großen Gewerbehause in der Große gleichlängenden Saales, der mit Galerien und Nebenräumen ausgestattet werden soll, sollen die Unternehmer auch für Vergnügungen im großen Maßstab einen Saal schaffen. Endlich ist noch ein „Mittersaal“ für etwa 250 bis 350 Personen in Aussicht genommen. In zwei Untergeschossen sollen 12 Regelbahnen eingebaut werden, nebst einer größeren Kegielane bzw. kleinen Saal und Keglervereinsräumen. In den oberirdischen Gesellschaftsräumen wird ein Personenaufzug alle Telefon- und Schreibstube vorgeschenken. Geplant ist in sämtlichen Räumen, mit Eintritt der Säle, die alljährliche Aufführung von Redouten, vollständiger Bier- und ähnlichen Fests.

Der Grundsatz eines Pianisten.

In einem hübschen Blatt finden wir folgendes Interat:

Pianist Michael (Bur. Mf.)
a. D. d. Landesber.
Rat. Agr. Sachsen,
perf. f. Ton. Pirnaische Str. 38,
3. Et., eindr. i. geöfft. Bereitn. u. w.
Sozialdemokr. Verein verbeten.

Der Mann hat noch Ideale! Und er kann überzeugt sein, daß sie bei der Dresdner Arbeiterchaft noch den nötigen Reiz findet. Der tollpatschige Herr Pianist wird jedenfalls nicht in die Lage kommen, Sozialdemokraten abweichen zu müssen.

Arbeiterfahrtkarten.

Vom 22. September an werden in Heldenau, in Mügeln und in Niederschön Arbeiterwochenkarten nach Reich ausgegeben. Die

Karten berechtigen zu einer täglichen Bln. und Reichsbahn zu hintereinander folgenden Werktagen mit allen Zügen, die 4. Klasse an verkehren. — Ferner werden vom gleichen Tage an in Borsigwitz und Strelaendorf Arbeiterwochenkarten 4. Klasse nach Dresden-Hauptbahnhof zum Preise von 1,80 M. bzw. 1,60 M. aufgegeben, die unter den gleichen Bedingungen für Fahrt in den eben

besonders gekennzeichneten Wagen berechtigen.

Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag den 24. September, abends 7 Uhr. Tagordnung: Antrag Dr. med. Frey und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, durch welche Maßnahmen sich zum Schutz der Arbeit und Förderung der Fremdenstadt der Fortschreitende Betrieb durch den vorliegenden Naturzustand der Siedlungen löst. Antrag Eisenbahn-Obersekretär Hawel und Genossen, den Rat zu ersuchen

